

II— 1586 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG
Zl. 30.037/15-18/1971

636 /A.B. 1010 Wien, den
Stubenring 1
Telephon 57 56 55
ZU 777 /J.
Präs. am 21. Juli 1971

Juli 1971

B e a n t w o r t u n g

der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten
MACHUNZE, Dr. FIEDLER und Genossen, vom 23. Juni
1971, betreffend den Bericht in den Salzburger
Nachrichten vom 18. Juni 1971, in dem es wörtlich
heißt:

"Das Sozialministerium ließ mitteilen, daß mit einer
Abrechnung vor November 1971 wegen Fehlens der Mittel
nicht gerechnet werden könnte".

Zu den Anfragen, und zwar:

- 1) Für wieviel im Winter 1970/71 im Rahmen der
PAF-Aktion ausgeführte Projekte liegen die Ab-
rechnungen vor?
- 2) Für wieviel Projekte wurden bisher welche Mittel
flüssig gemacht?
- 3) Wenn Frage 2 mit Nein beantwortet wird: entspricht
die zitierte Pressemeldung den Tatsachen, daß
eine Überweisung der in Frage kommenden Beträge
nicht vor November 1971 erfolgen werde?

nehme ich wie folgt Stellung:

Zu Frage 1):

Unter Außerachtlassung jener im Rahmen der PAF ge-
förderten Maßnahmen, bei denen die fälligen Beihilfe-
beträge nicht unmittelbar an den Beihilfewerber zur

- 2. -

Auszahlung gelangen, weil es sich um Projekte handelt, die allein vom Bund finanziert und daher die Beihilfebeträge zentral im Bundesministerium für soziale Verwaltung zugunsten der jeweiligen Bundesdienststellen gebunden werden, wurden in den Wintermonaten 1970/71 insgesamt für 2.707 Maßnahmen Beihilfebeträge im Gesamtausmaß von S 102,715.691,-- anerkannt. Für diese Maßnahmen liegen auch Abrechnungen in gleicher Höhe vor.

Zu Frage 2):

Bis 30. Juni 1971 wurden für 1.640 Maßnahmen insgesamt S 44,441.874,-- flüssig gemacht, wobei es sich teils um gänzliche Abrechnungen der Beihilfen, teils um Akontozahlungen handelt.

Zu Frage 3):

Die in den Salzburger Nachrichten erfolgte Verlautbarung, daß mit der Abrechnung der im Rahmen der PAF fälligen Beträge wegen Fehlens der finanziellen Mittel nicht vor November 1971 gerechnet werden kann, entspricht nicht den Tatsachen. Die angefallenen Beihilfebeträge gelangen laufend zur Auszahlung.

